

III.7

Politik

Die Ampelkoalition – Wichtigste Themen der neuen Bundesregierung

Nach einer Idee von Dr. Henning Kulbarsch



© RAABE 2022

© IMAGO / Bildgehege

Sie möchten Ihrer Klasse beibringen, wie die Regierung in Deutschland gebildet wird und die Themen der Ampelkoalition behandeln? In diesem Unterrichtsmaterial erarbeiten Ihre Schülerinnen und Schüler Hauptthemen wie Corona, Klimakatastrophe, Cannabis und Inflation. Anhand der Think-Pair-Share-Methode, selbstständiger Recherche und Arbeit mit aktuellen Zeitungsartikeln bereiten sie sich auf die abschließende Klausur vor.

KOMPETENZPROFIL

Klassenstufe:	ab Klasse 10
Dauer:	6 Unterrichtsstunden plus Klausur
Kompetenzen:	Perspektiven vergleichen; sich ein Urteil bilden; Medienkompetenzen Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren (1)
Thematische Bereiche:	Regierungsbildung, Regierungsarbeit, Bundestag, Ampel-Regierung, Klimaschutz, Coronapandemie, Impfpflicht, Europäische Union, Cannabis-Legalisierung, Außenpolitik, Inflation
Medien:	Statistiken, Videos, Zeitungsartikel



Auf einen Blick

1. Stunde

Thema: Die Regierungsbildung

M 1 **Rot, Gelb, Grün: Der Weg zur Ampel-Regierung**

Kompetenzen: Die Lernenden wissen, wie in Deutschland Bundesregierungen gebildet werden und wie sich die neue Ampel-Regierung formiert hat.

Benötigt: ggf. Internetzugang für Recherche

2. Stunde

Thema: Schwerpunkte Außenpolitik und Drogenpolitik

M 2 **Machtverteilung in der Regierung – Beispiel Außenpolitik**

M 3 **Verantwortungslos oder überfällig? – Die Ampel und die Legalisierung von Cannabis**

Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler kennen den Begriff der Richtlinienkompetenz und verstehen die Arbeitsteilung im Kabinett. Sie bilden ein eigenes Urteil zum Vorhaben der Ampel-Regierung, Cannabis zu legalisieren.

3.–4. Stunde

Thema: Schwerpunkte Corona, Impfpflicht und Klimaschutz

M 4 **Corona-Chaos? – Die Pandemie-Politik der Ampel**

M 5 **Die Ampel-Konflikte beim Klimaschutz**

M 6 **Koalitionsfrieden oder Gewissensentscheidung? – Die Ampel-Regierung und die Impfpflicht**

Kompetenzen: Die Lernenden kennen die Corona-Politik der neuen Bundesregierung und erörtern die Frage der Impfpflicht. Sie vergleichen die klimapolitischen Aussagen der drei Wahlprogramme mit dem Koalitionsvertrag und prüfen, welche Partei sich in welchem Themenbereich am ehesten durchsetzen konnte. Die Lernenden kennen weitere politische Einstellungen zu einer allgemeinen Impfpflicht und können die Vor- und Nachteile der Gewissensentscheidung im Bundestag erläutern.

Benötigt: ggf. Internetzugang für Recherche

5. Stunde

Thema: Schwerpunkt Inflation

M 7 „Kalte Enteignung“ oder notwendige Anpassung? – Die Inflation in den Jahren 2021 und 2022

M 8 Regierung, Zentralbank, Verbrauchende – Wer kann das Inflationsproblem lösen?

Kompetenzen: Die Lernenden kennen die Preisentwicklung zwischen 2021 und 2022, analysieren Gründe und können die Reaktion der Europäischen Zentralbank erläutern. Sie können Auswirkungen unterschiedlicher Maßnahmen gegen die Inflation einschätzen.

6. Stunde

Thema: Weiterentwicklung der EU

M 9 Föderaler Bundesstaat EU – Realistisches Ziel oder Traumtänzeri?

Kompetenzen: Die Lernenden führen eine Fishbowl-Diskussion zu der Frage durch, ob die EU zu einem föderalen Bundesstaat umgebaut werden sollte.

Klausur

Thema: Die Ampel-Regierung

M 10 Klausur: Die Ampel-Regierung – Eine erste Bilanz

Kompetenzen: Die Lernenden fassen einen Zeitungsartikel zusammen, der sich kritisch mit der anfänglichen Regierungsarbeit befasst. Außerdem erklären sie, welche Rolle die Richtlinienkompetenz des Kanzlers spielen kann und nehmen Stellung zur bisherigen Bilanz der neuen Regierung.

Erklärung zu den Symbolen

	Dieses Symbol markiert differenziertes Material. Wenn nicht anders ausgewiesen, befinden sich die Materialien auf mittlerem Niveau.		
			
einfaches Niveau	mittleres Niveau	schwieriges Niveau	
	Zusatzaufgabe		

Machtverteilung in der Regierung – Beispiel Außenpolitik

M 2

Kaum im Amt, hat die neue Regierung große Herausforderungen in der Außenpolitik vor sich. Die größte betrifft den Umgang Deutschlands mit Russland. Hier waren sich die Partner lange uneinig.

Aufgaben

1. Lesen Sie den Text zum Grundgesetz. Beschreiben Sie die Aufgabenverteilung in der Regierung laut Grundgesetz.
2. Lesen Sie den Zeitungsartikel. Erläutern Sie die Richtlinienkompetenz des Kanzlers („Koch und Kellner“-Vergleich) am Beispiel der beschriebenen Konflikte in der Außenpolitik.

Das Grundgesetz: Die drei Prinzipien der Arbeit der Bundesregierung

Das Grundgesetz bestimmt die Aufgabenverteilung und die Machtverhältnisse in der Bundesregierung. Laut Artikel 62 besteht die Regierung aus dem Bundeskanzler und den Ministerinnen und Ministern. Artikel 64 stellt dabei klar, dass letztere auf Vorschlag des Kanzlers ernannt und entlassen werden. Entscheidend ist aber der Artikel 65. Hier heißt es: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung.“ Die Führungsrolle des Kanzlers bezeichnet man auch als „**Richtlinienkompetenz**“, die Zusammenarbeit der Ministerinnen und Minister als „**Kollegialprinzip**“ und die individuelle Verantwortung jedes Ministers für sein Ministerium als „**Ressortprinzip**“.

Kanzler gegen Außenministerin? – Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung

Es hat nur wenige Wochen gedauert, bis Außenministerin Annalena Baerbock die Grenzen ihres Amtes erkennen musste: Die wirklich wichtigen Fragen der Außen- und Außenwirtschaftspolitik werden im Kanzleramt entschieden – und nicht von Baerbocks Diplomaten oder in Robert Habecks Wirtschafts- und Klimaministerium. Schon Gerhard Schröder wies seinen Grünen-Außenminister Joschka Fischer mit dem Vergleich vom Koch und Kellner in die Schranken. Bei Scholz klingt das im Kern genauso. ‚Wer Führung bestellt, bekommt sie auch‘, sagt der neue Kanzler und meint damit die alte Machtverteilung zwischen der Regierungszentrale und den Ministerien: Der Kanzler bestimmt nun einmal Speisenfolge und Zutaten, während die Minister das Ergebnis servieren müssen. [...]

[So] gibt sich der Kanzler beim Streitthema Russland keine Mühe, die Differenzen zu Baerbock unter der Decke zu halten. Für ihn ist die umstrittene **Gaspipeline Nord Stream 2** eine privatwirtschaftliche Angelegenheit. [...] Da kann Baerbock noch so oft gegen die Pipeline wettern – Scholz hält an dem Projekt und einer im Kern russlandfreundlichen Politik fest. [...] Die Konflikte sind durch den Koalitionsvertrag nicht geklärt, sondern lediglich mit weichen und weiten Formulierungen übertüncht worden. Scholz ist nicht der Typus, der gerne nachgibt. Baerbock, Habeck und die anderen Minister werden daher in den kommenden Jahren widerstrebend das politische Kellnerhandwerk lernen müssen. Allerdings muss auch ein erfahrener Koch darauf achten, dass er in seiner Kanzlerküche nicht die Suppe versalzt. Man stelle sich nur einmal vor, die Pipeline würde nach erteilter Betriebserlaubnis unter der Beteiligung deutscher und russischer Offizieller irgendwann feierlich eingeweiht und einen Tag später ließe Putin seine Panzer in die Ukraine rollen. [...]

© Goffart, Daniel: „Scholz kocht – und Baerbock muss das Ergebnis servieren“, 10.01.2022, WirtschaftsWoche

Mittlerweile wurde Nord Stream 2 im Zuge der Sanktionen für den russischen Einmarsch in der Ukraine blockiert.

Begriffserklärung

Die Pipeline Nord Stream 2 wurde zum Transport russischen Erdgases direkt nach Deutschland gebaut. Sie ist seit Langem umstritten, weil Polen und die Ukraine so vom Geschäft ausgeschlossen würden.



M 5 Die Ampel-Konflikte beim Klimaschutz

Klimaschutz war im Wahlkampf besonders umstritten, auch zwischen SPD, Grünen und FDP.

Aufgaben

1. Vergleichen Sie die klimapolitischen Aussagen aus den Wahlprogrammen der drei Ampel-Parteien mit den Festlegungen im Koalitionsvertrag.
2. Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit Ihrer Sitznachbarin oder Ihrem Sitznachbarn.
3. Diskutieren Sie im Plenum, wer sich beim Klimaschutz durchgesetzt hat. Beziehen Sie in die Diskussion ein, welche Partei wichtige Ministerien im Bereich Klimaschutz besetzt hat.



Begriffserklärungen

Die **EEG-Umlage** entstammt dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dort sind Vergütungen für Strom aus Erneuerbaren festgelegt. Die Umlage dient dazu, trotz einem (zu) niedrigen Börsenstrompreis den Ökostromanbietern die volle Vergütung zahlen zu können. Die Umlage wird von der Stromkundschaft bezahlt und machte zuletzt ~20 % des Strompreises aus. Beim **EU-Emissionshandel** müssen Unternehmen, die CO₂ ausstoßen, das Recht erkaufen, dies zu tun. Die EU legt auch eine Maximalsumme an Rechten fest, um den CO₂-Ausstoß zu begrenzen.

Wahlprogramm SPD	Wahlprogramm Grüne	Wahlprogramm FDP
<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion der Treibhausgase um 65 % bis 2030 und um 100 % bis 2045 • Abschaffung der EEG-Umlage bis 2025 • 100 % Erneuerbare Energien bis 2040 • Abbau klimaschädlicher Subventionen • Massive staatliche Investitionen in Klimaschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion der Treibhausgase um 70 % bis 2030 und um 100 % bis 2040 • Senkung der EEG-Umlage • Schnellere Anhebung des CO₂-Preises • Ausstieg aus der Kohle bis 2030 statt bis 2038 • Massive staatliche Investitionen in Klimaschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion der Treibhausgase um 100 % bis 2050 (kein Ziel für 2030) • Abschaffung der EEG-Umlage (ohne Jahr) • Ablehnung eines konkreten Ausbauziels für Erneuerbare • Ausweitung des EU-CO₂-Emissionshandels • Massive private Investitionen in Klimaschutz
<p>Posten für die SPD:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bundeskanzler • Kanzleramtsminister • Verteidigungsministerin • Innenministerin • Entwicklungshilfeministerin • Gesundheitsminister • Bauministerin • Sozialminister 	<p>Posten für die Grünen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschafts- und Klimaminister (Vizekanzler) • Umweltministerin • Familienministerin • Landwirtschaftsminister • Außenministerin 	<p>Posten für die FDP:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzminister • Bildungsministerin • Verkehrsminister • Justizminister

Was der Koalitionsvertrag zum Klimaschutz sagt	
<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion der Treibhausgase um 100 % (Klimaneutralität) bis 2045 • Abschaffung der EEG-Umlage ab 2023, stattdessen Steuerfinanzierung (CO₂-Steuer, EU-CO₂-Zertifikatehandel) • CO₂-Preis wird nicht schneller erhöht 	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 2030 soll es mindestens 15 Millionen E-Autos auf den Straßen geben • Kohleausstieg „idealerweise“ bis 2030 • Massiver Ausbau der Erneuerbaren, Ziel: 80 % Erneuerbare bis 2030 • Massive staatliche Investitionen und Förderung privater Investitionen

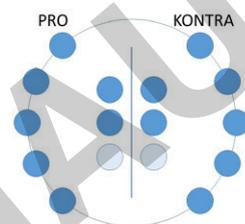
Föderaler Bundesstaat EU – Realistisches Ziel oder Traumtänzeri?

M 9

In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Ampel-Regierung zum Ziel, die Europäische Union zu einem Bundesstaat auszubauen. Kommen also bald die „Vereinigten Staaten von Europa“?

Aufgaben

- Lesen Sie den Auszug aus dem Koalitionsvertrag, die Zitate aus dem Wahlprogramm der AfD sowie die Pro-Kontra-Argumente. Schauen Sie zudem gemeinsam dieses YouTube-Video an: „Kommen die Vereinigten Staaten von Europa?“ von MrWissen2go
<https://raabe.click/sp-vseuropa>
- Fishbowl-Diskussion:
 - Bilden Sie zwei ähnlich große Gruppen. Eine ist die Pro-Gruppe und vertritt die These, dass die EU zu einem Bundesstaat umgebaut werden soll. Die andere ist die Kontra-Gruppe und lehnt dieses Vorhaben ab.
 - Führen Sie im Plenum eine „Fishbowl-Diskussion“ durch: Bilden Sie dazu einen Stuhlkreis und stellen Sie sechs Stühle ins Zentrum. Ernennen Sie je ein Mitglied aus beiden Gruppen zur Gruppenvertretung. Diese setzt sich auf einen Stuhl im inneren Stuhlkreis. Die anderen Gruppenmitglieder setzen sich im äußeren Stuhlhalbkreis. Die beiden Gruppen sitzen sich dabei gegenüber. Zunächst tragen die zwei Gruppenvertretungen die Argumente ihrer Gruppen als Eröffnungsstatement vor. Auf die vier bislang freien Stühle im inneren Stuhlkreis können sich alle setzen, die einen Beitrag zur Diskussion leisten möchten – je ein bis zwei Personen pro Gruppe. Wer nicht weiter diskutieren möchte, verlässt den inneren Stuhlkreis wieder. Diskutieren Sie die Frage, ob die EU zu einem Bundesstaat umgebaut werden sollte.
 - Stimmen Sie nach der Debatte darüber ab.



Der Koalitionsvertrag über die Zukunft der EU

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP ambitionierte Ziele für die Weiterentwicklung der EU gesetzt. Insbesondere enthält der Vertrag einen Satz, der für große Aufmerksamkeit sorgte:

*„Die Konferenz [zur Zukunft der EU] sollte in einen verfassungsgebenden Konvent münden und zur Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen, der dezentral auch nach den Grundsätzen der **Subsidiarität** und **Verhältnismäßigkeit** organisiert ist“.*

Damit bekennt sich die neue Bundesregierung so deutlich wie keine Regierung vor ihr zu dem Ziel, Deutschland langfristig als Teilstaat in einem europäischen Bundesstaat („Vereinigte Staaten von Europa“) aufgehen zu lassen.

Subsidiarität bedeutet, dass in einem politischen System möglichst viele Aufgaben auf der unteren Ebene gelöst werden sollen und höhere Ebenen nur dort einschreiten, wo es nötig ist. So können etwa die Gemeinden gut über die örtliche Infrastruktur selbst entscheiden, wären mit der Renten- oder Außenpolitik aber überfordert.

